

SVR Hongkong

Günter Schucher, Laila Pfennig
und Makbule Top

Neue demokratische Partei strebt langfristig Regierungsbeteiligung an

Am 19. März 2006 wurde in der Sonderverwaltungsregion (SVR) Hongkong die aus der politischen Gruppierung Article 45 Concern Group hervorgegangene demokratische *Civic Party* offiziell gegründet (vgl. C.a., 1/2006, S.138-139). An der Spitze des aus Akademikern und Juristen zusammengesetzten 15-köpfigen Parteikomitees stehen der in München promovierte ehemalige Universitätsprofessor Kuan Hsin-chi und Audrey Eu, die bereits Abgeordnete in der Legislativversammlung (*Legislative Council*, LegCo) ist.

In ihrer Funktion als Parteivorsitzende betonte Audrey Eu, dass die *Civic Party* zu einem Sammelbecken für Angehörige verschiedener Generationen und Gesellschaftsschichten werden soll. Um eine Unterwanderung der Partei zu vermeiden, werden Bewerber erst nach Empfehlung eines etablierten Parteimitglieds aufgenommen und müssen zunächst eine einjährige Probezeit durchlaufen. Nach erfolgreichem Bestehen werden sie mit der vollwertigen Mitgliedschaft und einem Stimmrecht ausgestattet.

Schon im Vorfeld ihrer Gründung war die *Civic Party* Kritik von Seiten beider politischen Lager ausgesetzt. Während Beijing-freundliche Gruppierungen in Hongkong eine wachsende Opposition gegen die parteistaatliche Führung fürchten, sieht die

Democratic Party ebenfalls einen Konkurrenten erstarken, der das Potenzial aufweist, Mitglieder abzuwerben. Ein weiterer Kritikpunkt der prodemokratischen Kräfte in der SVR ist das Parteimanifest, in dem weder die Niederschlagung der Demokratiebewegung im Juni 1989 in Beijing noch ein Zeitplan für die Einführung von allgemeinen Direktwahlen, von der *Civic Party* immerhin als zentrales Ziel propagiert, erwähnt sind.

Die Partei selbst sieht sich ihrem Namen entsprechend als Vertreterin sozialer Gerechtigkeit und bürgerlicher Interessen. Kuan Hsin-chi und Audrey Eu Aussagen zufolge werde ihre Partei keine unerfüllbaren Wahlversprechen machen und populistische Vorgehensweisen vermeiden. Mit der parteistaatlichen Führung in Beijing wolle sie in einen gesunden Dialog treten und gleichzeitig freundschaftliche Verhältnisse mit den anderen prodemokratischen Parteien und Gruppierungen in Hongkong pflegen in der Hoffnung, die Demokratiebewegung insgesamt zu stärken.

Die *Civic Party* finanziert sich aus privaten Spenden und könnte auf dieser Basis derzeit zwei Monate lang politische Operationen durchführen. Neben der Teilnahme an den Bezirksratswahlen (*District Council*) Ende 2007 und den LegCo-Wahlen 2008 wird die Einführung von allgemeinen Direktwahlen bis 2008 und langfristig auch eine Regierungsbeteiligung angestrebt. Ausdruck wird diesen Zielen im Parteiemblem verliehen, dessen Zusammenstellung aus den Farben grün, weiß und violett von der britischen Kampagne für Frauenwahlrecht inspiriert wurde. (SCMP, 26.1., 3., 6., 18., 20.3.06;

RTHK Radio 3, 5., 19.3.06, nach BBC PF, 6., 20.3.06; WSJ, 19.3.06) -Pfennig-

Politischer Beistand für Donald Tsang durch Neugründung eines Thinktanks?

Im Februar 2006 wurde in der Sonderverwaltungsregion (SVR) Hongkong ein neuer Thinktank mit dem Namen *Bauhinia Foundation Research Centre* gegründet. Institutsgründer ist Norman Chan Tak-lam, stellvertretender Vorsitzender der Chartered Bank of Asia und ehemaliger Wahlkampfmanager des damaligen *Chief Secretary of Administration* und heutigen Regierungschefs (*Chief Executive*) Donald Tsang.

Das Forschungsinstitut besteht aus sieben Beratern. Zu den Mitgliedern zählen Peter Lai Hing Ling, ehemaliger *Secretary for Security*, und Lam Woon-kwong, der im Januar 2005 aus seinem Amt als Direktor der Kanzlei des *Chief Executive* ausschied. Beide zählen aufgrund ihrer in der Vergangenheit bekleideten Ämter im Staatsdienst zu den langjährigen Mitarbeitern des heutigen *Chief Executive* Tsang und unterhalten somit enge strategische Beziehungen zur gegenwärtigen Regierung Hongkongs. Weitere Mitglieder des neu gegründeten Thinktanks stammen ebenfalls aus den Kreisen der Hongkonger Elite und wurden von der Regierung bereits in der Vergangenheit regelmäßig zu politischen Fragestellungen konsultiert. Aus der Zusammenstellung der Berater geht eine neue Generation von sehr einflussreichen Persönlichkeiten hervor, die, obwohl sie nicht in den parteipolitischen Handlungsrahmen eingebunden ist, zweifels-

frei sowohl auf die Hongkonger Regierung Einfluss ausüben als auch die Aufmerksamkeit der Beijinger Zentralregierung auf sich ziehen wird.

Seit der Gründung des *Bauhinia Foundation Research Centre* mehren sich kritische Stimmen, welche vor allem aus dem Beijing-freundlichen Lager zu vernehmen sind. Die kritischen Stimmen weisen vor allem auf die Tatsache hin, dass einige Mitglieder des Forschungsinstitutes ehemalige hochrangige Beamte sind und durch die Gründung der Stiftung ihren Weg zurück in die Politik bahnen wollten. Diese Möglichkeit ergäbe sich, sobald Tsang bei der nächsten Wahl zum Regierungschef, welche im Jahr 2007 stattfinden wird, für eine zweite Amtsperiode gewählt werden würde. Tsang unternehme den Versuch, das Beijing-freundliche Lager weiter an den Rand zu drängen und sich mit gleichgesinnten Verbündeten zu umgeben, wie Vertreter des Lagers in der Hongkonger Tageszeitung *South China Morning Post* zitiert wurden.

Diese Vorwürfe wurden sowohl von *Chief Executive* Tsang als auch vom Gründer des Thinktanks, Chan, vehement zurückgewiesen. Chan wies darauf hin, dass das *Bauhinia Foundation Research Centre* eine unabhängige und aus privaten Mitteln finanzierte Institution sei, dessen vorrangiges Ziel darin bestehe, die Regierung in Hongkong zu unterstützen. Die aktive Politikberatung beschränke sich somit nicht auf die Unterstützung einer bestimmten Person oder Partei, sondern das Hauptaugenmerk liege darin, ein tieferes Verständnis und eine effektivere Umsetzung des zugrundeliegenden politischen Grundsatzes „ein Land, zwei Systeme“ zu fördern.

me“ voranzutreiben. Das Forschungsinstitut verfolge auch die Intention, eine Plattform für Geschäftsleute und Experten zu bieten, welche sich für das Wohl der Gesellschaft einsetzen möchten, ohne gleichzeitig einer politischen Partei beizutreten. Chan wies darauf hin, dass die politische Machtstellung Tsangs auf stabilem Fundament stehe und es gegenwärtig keine ernstzunehmenden politischen Herausforderer gebe, welche um das Amt des *Chief Executive* konkurrierten.

Öffentliche Debatten dieser Art, welche die Rolle der Thinktanks innerhalb des politischen Kontextes in Hongkong diskutieren, sind kein Novum, da einerseits die parteistaatliche Führung in Beijing eine eher reservierte Haltung gegenüber der Parteipolitik Hongkongs einnimmt und der Hongkonger *Chief Executive* andererseits parteilos ist. Gemäß Ivan Choy Chi-keung, Politologe an der Chinese University, ist der Hongkonger Regierungschef aufgrund der fehlenden Parteiunterstützung auf Thinktanks angewiesen, die politisch richtungsweisende Beratertätigkeiten übernehmen. In Hongkong existieren bereits seit einigen Jahren ähnliche Thinktanks, wie beispielsweise das *Hong Kong Policy Research Institute* oder das *One Country, Two Systems Research Institute*, welche dafür bekannt sind, dass sie für den ehemaligen *Chief Executive*, Tung Chee-hwa, Politikforschung und Beratertätigkeiten betrieben haben.

Es ist zu erwarten, dass die Forschungsergebnisse des neu gegründeten Thinktanks im Wahlkampf und in der nächsten Regierungserklärung Tsangs widerspiegelt sein werden. Darüber hinaus birgt die Tätigkeit des neuen Thinktanks das Potenzial dafür,

eine Plattform für politische Ideen über den Wahlkampf und das Jahr 2007 hinaus darzustellen. (SCMP, 14., 21., 27.2., 5.3.06) -Top-

Hongkongs Status offiziell gestärkt

Mit der erstmaligen offiziellen Erwähnung der Sonderverwaltungsregion (SVR) Hongkong in Chinas 11. Fünfjahresprogramm scheinen die Befürchtungen der ehemaligen Kolonie, ihren Sonderstatus als Finanz-, Handels- und Transportzentrum des Landes zu verlieren, entkräftet zu sein. Zumindest hat die Zentralregierung in Beijing ein aussagekräftiges Zeichen gesetzt, dass sie Hongkong eine bedeutende Stellung beimisst.

Auf der Pressekonferenz vom 14. März 2006, die im Anschluss an die vierte Jahrestagung des X. Nationalen Volkskongresses (NVK) vom 5. bis 15. März 2006 abgehalten wurde, verdeutlichte Premierminister Wen Jiabao nochmals, dass Hongkongs weitreichende Integration in den Weltmarkt und das Geschäftsklima der Stadt eine wichtige und unersetzbare Rolle bei Chinas Wirtschaftsentwicklungsprozessen spielen. Die umfangreiche Berichterstattung der Hongkonger Medien über die Jahrestagung des NVK spiegeln wider, welchen Stellenwert das Thema in der Stadt einnimmt.

In den letzten Jahren sah sich Hongkong einem immer stärker werdenden Konkurrenzkampf mit den schnell wachsenden Städten des Perlfloss-Deltas ausgesetzt. Beindruckte Hongkong mit Großprojekten wie der Eröffnung eines Disneyland im September 2005 oder einer geplanten 50km langen Verbindungsbrücke nach Macau und

Zhuhai im Westen der angrenzenden Provinz Guangdong, zogen die Nachbarprovinz oder Städte wie Shanghai mit der Ankündigung von noch gigantischeren Bauten nach.

Die Regierung in Beijing versucht nun, die Kooperation zwischen Hongkong und den angrenzenden südlichen Provinzen über die bereits bestehenden Bestimmungen der Vereinbarungen CEPA I vom 29. Juni 2003 (Closer Economic Partnership Agreement) und CEPA II vom 22. August 2004 (vgl. C.a., 2002/6, Ü 31; C.a., 2004/9, S.1005-1014) hinaus weiter zu fördern, in der Hoffnung, dass sich noch mehr Synergieeffekte ergeben. Auch von den verschiedenen Sektoren und politischen Gruppierungen innerhalb der Stadt wird mehr Zusammenarbeit erwartet.

Während der Hongkonger Regierungschef (*Chief Executive*) Donald Tsang die Unterstützung und richtungsweisenden Vorgaben von der parteistaatlichen Führung lobend erwähnte, warnen kritische Stimmen vor zu viel Selbstgefälligkeit und Abhängigkeit von der Zentralregierung in Beijing. Laut *Chief Secretary* Rafael Hui Si-yan stärke das neue Fünfjahresprogramm zwar die Position der SVR, jedoch werde sich die südchinesische Stadt Guangzhou unter demselben Programm zur Transportdrehscheibe innerhalb der Provinz Guangdong wandeln und viele Städte im Perlfloss-Delta würden ihre Hafenanlagen weiterentwickeln.

Dem jährlichen Bericht über städtische Wettbewerbsfähigkeit der Chinesischen Akademie der Sozialwissenschaften (CASS) zufolge weist Hongkong im Vergleich zu seinen Konkurrenten auf dem chinesischen Festland nur ein relativ niedriges Wirtschaftswachstum auf und sein auf kurzfris-

tige Gewinne fixiertes Geschäftsumfeld fördert wenig technische Innovation. Um an seiner Ausnahmestellung festzuhalten, müsse Hongkong aus eigenen Stücken weitere Kooperationen mit den benachbarten Provinzen eingehen und dabei die Interessen aller Beteiligten wahren. (SCMP, 6., 21.3.06; XNA, 15.3.06; ST, 16.3.06) -Pfennig-

Luftverschmutzung und Atemwegsprobleme

Die Zahl der alten Menschen in Hongkong, die über Atemwegsprobleme klagen, ist nach einer jüngsten Untersuchung in den letzten 12 Jahren um das Sechsfache gestiegen: Waren es 1991 noch nur 4,9%, so gaben im Jahr 2003 30% der über Siebzigjährigen entsprechende Beschwerden an. Der Hauptgrund dafür wird in der gestiegenen Luftverschmutzung gesehen. Insofern beschränken sich Lösungsvorschläge auch nicht nur auf ein totales Rauchverbot in Hongkong, sondern fordern die Einschränkung der Verschmutzung durch Kraftfahrzeuge und die Industrialisierung des Perlfloss-Deltas.

Vor allem Letztere ist seit längerem im Visier der Umweltschützer. Die Tage, an denen Hongkong unter Smog zu leiden hat, sind in den letzten Jahren ständig gestiegen. Im September 2004 wurde mit dem Überschreiten der 200er-Grenze auf dem Index der Umweltschutzbehörde ein vorläufiger Höhepunkt erreicht, wobei 2004 insgesamt mit 65 Smogtagen den Rekord hält. Aber in diesem Februar wurde erneut ein Grenzwert überschritten; denn mit 105 Zählern wurde im Winter ein Wert erreicht, der sonst nur für den Herbst typisch ist (ab 100 geht die

Behörde von Gesundheitsgefährdung aus). Umweltschützer legten Umfragen bei Reiseveranstaltern vor, wonach auch Einbußen im Tourismus nicht unwahrscheinlich sind.

Ein Gutteil der Verschmutzung wird den Industriefirmen in der südchinesischen Provinz Guangdong zugeschrieben. In diesem Zusammenhang wird auch die Hongkonger Firma CLP Power beschuldigt, durch Elektrizitätsexport an der Luftverpestung der Stadt mit bis zu 12% beteiligt zu sein. Im LegCo erklärten Abgeordnete, dass diese Emissionen „unmittelbar“ gestoppt werden könnten, wenn CLP Power auf sein lukratives Geschäft verzichtete. Ein Ausgleich der ausbleibenden Energielieferungen durch Guangdonger Werke würde nicht zu einer Verschmutzung führen, da dort in der letzten Zeit große Anstrengungen zum Umweltschutz unternommen würden. CLP Power hielt dem entgegen, dass gerade die Exporte dazu beitragen, dass nicht kleine Energieerzeuger in Guangdong die Luft noch mehr belasteten. (SCMP, 7.2., 20., 30.3.06) -Schucher-

Ausweitung von Forschung und Lehre an den Universitäten

Die Hongkong University (HKU) will in den nächsten sechs Jahren 200 zusätzliche Wissenschaftler anstellen, um zu einer der in der Welt führenden Forschungsuniversitäten zu werden. Mit einem ehrgeizigen Programm und 2,5 Mrd. HK\$ (davon 1,2 Mrd. von der Regierung) soll außerdem der Campus vergrößert werden, um beim Übergang auf die 4-Jahres-Abschlüsse 2012 mehr Studenten aufnehmen zu können. 55 Mio. HK\$

sollen dabei in neue Stipendien investiert werden.

Insgesamt will Hongkong die Zahl der Studenten schneller ausweiten, als noch von der Tung-Regierung beabsichtigt. Bildungsminister Li erklärte, dass in den nächsten Jahren 80% mehr Studenten an Universitäten und Hochschulen aufgenommen werden sollen als noch im Jahre 2000. Dafür sollen auch die Plätze für die Studenten im zweiten und dritten Jahr erweitert werden.

Spiegeln diese Absichtserklärungen die anhaltenden Anstrengungen wider, Hongkong im Bereich der Bildung und Forschung in der Welt wettbewerbsfähig zu halten, so warnen Wissenschaftler zugleich davor, dass die wachsende Ungleichheit in der Bevölkerung das Bildungssystem beeinträchtigen könnte. Eine groß angelegte und mit Daten der UN arbeitende Studie der Chinese University und der City University hat ergeben, dass die Studenten in Ländern mit größerer Bildungsgleichheit (wie Hongkong und Finnland) bessere Leistungen erbringen als in ungleichen Systemen (wie den USA oder Argentinien). Bei größerer Bildungsgleichheit könnten die ärmeren Studenten mehr von den Regierungsausgaben profitieren. (SCMP, 8., 25.2., 22.3.06) -Schucher-

Arbeitslosigkeit gesunken

Die Arbeitslosenrate in Hongkong hat im Januar 2006 den niedrigsten Wert seit 52 Monaten erreicht. Sie sank von 5,3% im Dezember 2005 auf 5,2%, die Unterbeschäftigungsrate derjenigen, die nicht mehr als 35 Stunden in der Woche Arbeit finden, sank ebenfalls um 0,1% auf 2,4%. Die Regierung

wies allerdings auch darauf hin, dass die Zahl der Beschäftigten und der Arbeitskräfte insgesamt gesunken sei, Erstere um 4.500 auf 3,42 Mio., Letztere um 12.400 auf knapp über 3,6 Mio. Menschen.

Immer mehr Hongkonger arbeiten auch auf dem Festland. Eine Studie des Zensus- und Statistikbüros hat ergeben, dass 2004 mehr als 240.000 Hongkonger in der VR China beschäftigt waren. Schließt diese Zahl auch die Geschäftsreisenden ein, so kann man doch von 100.000 bis 200.000 längerfristig Beschäftigten ausgehen. 80% von ihnen üben Tätigkeiten im administrativen und Managementbereich aus. Hongkonger sind im mittleren und höheren Management multinationaler Unternehmen sehr beliebt, da sie einerseits besser Englisch sprechen und mehr internationale Geschäftserfahrung haben als Festländer und andererseits sich besser an die Arbeitsbedingungen anpassen können als Ausländer. Umfragen zeigen, dass ca. 16% des nicht VR-chinesischen Personals aus Hongkong kommt. Und die Zahl dürfte noch steigen.

Auch Taiwanesen scheinen in wachsendem Maße Arbeit auf dem Festland zu suchen, wenn man der chinesischen Nachrichtenagentur glauben kann. Sie meldete, dass bei einer Online-Vermittlung in Taipei 16% der Arbeitssuchenden im Januar und 20% im Februar Jobs auf dem Festland suchten, verglichen mit nur 10% in den jeweiligen Vorjahresmonaten. 70% der Bewerber hatten einen akademischen Hintergrund. (ST, 28.1.06; SCMP, 18.2.06; XNA, 6.3.06) -Schucher-

SVR Macau

Liu Jen-Kai

Nordkoreanische Geldwäsche in Macau

Banco Delta Asia, eine kleine Bank mit Sitz in Macau, gab am 16. Februar, dem Geburtstag Kim Jong IIs, die „Beendigung“ aller Geschäftsverbindungen mit Nordkorea bekannt. Das US-amerikanische Finanzministerium hatte die Bank letztes Jahr als „primary money laundering concern“ und „a willing pawn for the North Korean government to engage in corrupt financial activities through MACAU“ (<http://www.washingtonpost.com>, 16.2.06) bezeichnet. Über 20 Jahre habe die Bank für nordkoreanische Agenturen und Unternehmen Finanzdienstleistungen erbracht. Washington untersagte den US-amerikanischen Geldinstituten, Geschäfte mit Banco Delta Asia zu machen.

Die USA froren zudem die Guthaben von acht nordkoreanischen Unternehmen ein, die an der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen beteiligt sein sollen. Nordkorea forderte bilaterale Gespräche mit den USA über die Finanzsanktionen und drohte andernfalls mit Aussetzung der Sechsparteien-Gespräche. Ein Sprecher des nordkoreanischen Außenministeriums bestritt, dass Nordkorea Falschgeld in Umlauf bringe oder in andere kriminelle Aktivitäten verwickelt sei. Allerdings räumte Nordkorea ein, gewisse Einzelpersonen könnten für die geltend gemachten Verbrechen verantwortlich sein. Pyongyang habe aber seine eigenen